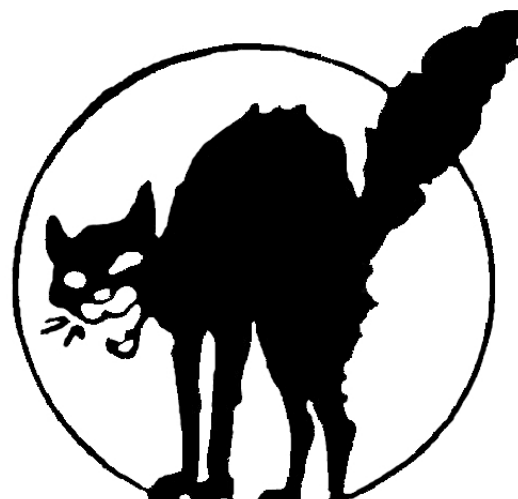


di schwarzi chatz

Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union in der Schweiz

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch



Domat/Emser Hemmschuhe

Mitte Dezember wurde die Grosssägerei in Domat/Ems GR in den Konkurs getrieben. Seither haben sich die ArbeiterInnen selbst organisiert und nicht nur in Graubünden für Wirbel gesorgt. Ein Bericht aus zwei Monaten Arbeitskampf, in einer ansonsten eher ruhigen Gegend der Schweiz.



Editorial

Rings um die Schweiz ist die Welt in Umbruch. In den arabischen Ländern natürlich, das haben wir wohl alle gehört oder gelesen. Die erstaunte Ratlosigkeit der Nahost-ExpertInnen war auch nicht zu überhören. Aber auch in ganz anderen Regionen ist einiges im Gange.

Manchmal sind es kleinere Sachen, wie ein Streik in Perth, Westaustralien: Bauarbeiter forderten gleichen Lohn für ihre asiatischen Kollegen, die Seite an Seite mit ihnen schufteten. Erstaunlich ist dies, weil die australischen Gewerkschaften eine lange ausländerfeindliche Tradition haben und eher dafür sorg(t)en, dass ArbeiterInnen mit niedrigeren Löhnen ausgeschafft werden, als dass ihnen geholfen wird.

Manchmal sind es auch grössere Sachen, wie der Kampf im öffentlichen Sektor, der im Moment nicht nur Wisconsin in Atem hält, sondern in der ganzen USA Beachtung findet. Die Protestbewegung besetzt bereits seit mehreren Wochen das Regionalparlament, damit ein gewerkschaftsfeindliches Gesetz nicht beschlossen werden kann. Erstaunlich ist, dass die Bewegung so gross ist und so selbstbewusst auftritt. Deswegen hoffen bereits viele: Nächster Halt Generalstreik.

Auch in Kroatien gibt es Proteste gegen das herrschende System. Auch wenn es im Moment noch schwierig zu sagen ist, welche Grösse und Stärke die Protestbewegung erlangen wird, so ist es doch sicherlich interessant, die dortige Entwicklung zu beobachten.

Doch trotz der wenigen Meldungen aus der Schweiz, ist nicht alles ruhig und stabil. Unter der Oberfläche brodelt es zum Teil erheblich: So konnte zum zweiten und letzten Mal ein Mayr-Melnhof-Konzern nicht in aller Stille sein Werk abwickeln. Auch in Domat/Ems bildete sich Widerstand, was dem alles beherrschenden Baron spürbar unangenehm war. Und das letzte Wort in dieser Sache dürfte wohl auch noch nicht gesprochen sein...

Eure FAUistas

Aus dem Inhalt

- Streik bei der Unia.....3
- Jugoremedija.....4
- Arabische Länder im Umbruch..5
- Sozialhilfe und Schnüffelei.....8
- Hass spricht... und macht?.....9
- Kultur.....10
- Rechtliches.....12

Schwer lastet der dicke Nebel von Dutzenden Zigaretten im Hinterzimmer der Beiz. Es scheint als würden die Gespräche von den Zigaretten befeuert. Der Beamer schlägt helle Bahnen in den Rauch, bevor er die Präsentation auf die Wand wirft. Etwas über zwei Dutzend ArbeiterInnen und Angestellte haben abseits von Gewerkschaften und Parteien zusammen gefunden, um Kampfmassnahmen zu diskutieren. Eine ungewöhnliche Sache, die sich hier an einem schon dunklen Januarabend in Domat/Ems abspielt. Die Anwesenden sind ehemalige ArbeiterInnen des Grosssägewerks von Mayr-Melnhof, das Mitte Dezember Konkurs angemeldet hat, nachdem der Bündner

(weiter auf Seite 2)

Hemmschuhe (von Seite 1)

Staat sich nicht um einen Millionenbetrag erpressen liess.

„Mehr Dschungelcamp als Schweiz“

Die Wogen gehen hoch an dieser Versammlung: Ein Arbeiter berichtet zum Beispiel, dass er im Dezember gerade mal 1200 Franken erhalten habe und er sich deswegen nicht mal Geschenke für die Kinder kaufen konnte. Ein zweiter fügt bei: „Ich konnte nicht mal die Miete bezahlen von dem Schmarn, den sie mir geschickt haben!“ Ein weiterer erhält Zustimmung als er erzählt, dass er kein Arbeitszeugnis erhalten habe. Die Stimmen seiner ehemaligen Mitarbeitenden drücken unverhohlenen Zorn aus, als er sagt, die Personalverantwortliche habe, als er nach seinem Zeugnis gefragt habe, geantwortet: „Denkst du ich habe noch Zeit für so was?“



Ehemalige Arbeiter der Sägerei bei der Petitionsübergabe

Den Unterstützern und einigen der ebenfalls anwesenden Journalisten bleibt die Spucke weg, als weiter erzählt wird: Das Unternehmen habe den Mitarbeitenden erst einen Tag vor dem Konkurs gesagt, dass es den Betrieb bald nicht mehr gäbe. Ein Monat früher wurden noch verschiedene Investitionspläne vorgestellt, unter anderem ein Pelletwerk oder eines zur Herstellung von Brettsperrholz. Und da den Arbeitern die Betriebseinstellung so spät mitgeteilt wurde, habe das Unternehmen zugesichert, es gäbe keine Einstelltag bei der Arbeitslosenkasse. Dass dann doch Einstelltag verfügt wurden,

fügt sich in eine Reihe mit Unsauberkeiten seitens des Kantons – so wurde z.B. auch das Gesuch auf Kurzarbeit bewilligt, obwohl Ferien und Überzeiten nicht abgebaut waren.

Nachdem die Wogen sich ein wenig geglättet haben, wird offiziell die Vertretung der MM-ArbeiterInnen aus der Taufe gehoben: Das Ehemalige Swiss Timber Arbeiter Kollektiv, kurz ESTAK. Es werden Forderungen beschlossen, von denen die ersten bereits kurz darauf erfüllt werden: Weil die regionale Presse ausführlich über die ESTAK berichtet, wird sofort begonnen die Arbeitszeugnisse auszustellen – angeblich aus „Goodwill“ der Konkursverwaltung.

Ein Hemmschuh wird entfernt...

An der 3. Versammlung ist der Unia-Funktionär Vitus Locher dabei, der in bester pardinischer Manier sofort die gewonnene Stärke des Kollektivs unter die

torik, doch die neben und vis-à-vis von ihm sitzenden Arbeiter lassen sich nicht täuschen: Schroff fahren sie ihm übers Maul: Er könne mit der Unia die ESTAK unterstützen, aber mit „sich der Unia unterordnen“ sei nichts.

Sichtlich missmutig sichert Locher der ESTAK die Unterstützung zu – also jene Position, welche der Vertreter der syna schon vor der Versammlung ohne jegliche Arroganz eingenommen hat. Als die Arbeiter Locher bitten zu gehen, weil sie die Versammlung ohne Gewerkschaftsfunktionär abhalten wollen, findet er immer neue Gründe seinen Kaffee noch nicht auszutrinken.

Die ESTAK hat es erfolgreich geschafft den Hemmschuh der Gewerkschaftsbürokratie aus dem Weg zu räumen

...ein anderer vor die Räder gesetzt

An derselben Versammlung wird ein Komitee gewählt, welches die Alltagsgeschäfte übernehmen und die Versammlungen vorbereiten soll. Gewählt werden diejenigen Arbeiter, die sich bisher um die Vorbereitung der Versammlungen und um das Administrative gekümmert haben, sowie Lorenz Hübner, früher Rundholzeinkäufer im MM-Werk und SVP-Lokalpolitiker. Hübner ist an dieser Versammlung das erste Mal dabei und wurde von einem Arbeiter extra eingeladen, um einen Posten im Komitee zu übernehmen. Dies und wahrscheinlich der Anzug und vor allem die Professionalität Hübners führen dazu, dass er gewählt wird. Fortan ist es ein stetiges Ringen um die Positionen in den Versammlungen. War bei den ersten Versammlungen noch offener und breiter die Diskussion von wirklichen und schroffen Kampfmassnahmen, bringt Hübner eine Linie wieder ins Spiel, die kurz zuvor mit Vitus Locher den Raum verlassen hat: Den unkämpferischen Weg der Petitionen und Gespräche.

Obwohl Hübner durchaus loyal die Entscheidungen der Versammlung mitträgt, ist sein grösster Verdienst eine Petition, die offiziell an den Regierungsrat übergeben wird. Obwohl in Gesprächen eigentlich alle keine Illusionen bezüglich dieser Bittschrift hegen, wird kostbare Zeit vergeben: Die Versammlung beschliesst, wie von Hübner vorgeschlagen, das weitere Vorgehen erst nach Erhalt der Antwort auf die Petition zu planen. Die Antwort des Regierungsrats fällt wie erwartet aus: Wir finden eure Anliegen gut und recht, aber aufgrund von ... können wir nicht. Der Umweg mit der Petition verdeutlicht: Die sozialpartnerschaftliche Linie einer

Unia wird ausgerechnet von einem gewerkschaftskritischen SVPLer fortgeführt – es wurde ein Hemmschuh entfernt um Platz für einen anderen zu machen.

Weiter gehts!

Nach der Petitionssackgasse ging der anfängliche Schwung der ESTAK spürbar zurück. An der siebten Versammlung waren es kaum noch ein Dutzend Leute. Der geplante weitere Schritt, eine Reise nach Österreich, um vor dem Wohnsitz des MM-Barons und dem Hauptsitz des MM-Holz-Konzerns zu demonstrieren, musste verschoben werden. Die ESTAK-Mitglieder haben aber noch nicht aufgegeben: in diesen Tagen werden ihre Flugblätter in Österreich und in Graubünden verteilt. Weiter wollen sie in ihren alten Arbeitskleidern in Chur Geld sammeln gehen, um sich die Österreichreise mitzufinanzieren und die Öffentlichkeit direkt anzusprechen. Ausserdem prüfen sie eine Sammelklage gegen MM-Holz wegen betrügerischem Konkurs.

Den emsigen Domat/EmserInnen ist zu wünschen, dass sie doch noch nach Österreich fahren können und dass sie aus den Fehlern der Karton-DeisswilerInnen lernen.

smf

Schon wieder Mayr-Melnhof

Es ist bereits das zweite Mal innerhalb eines halben Jahres, dass eine Firma von Mayr-Melnhof ihre Tore für immer schliesst. Im Frühsommer 2010 war es die Kartonfabrik im bernischen Deisswil, wo 253 ArbeiterInnen auf die Strasse gestellt wurden.

Rechtlich waren sowohl die Karton Deisswil, als auch die MM Swiss Timber in Domat/Ems eigenständige Firmen. Sie waren aber beide Tochterfirmen eines Mayr-Melnhof-Konzerns. Das Deisswiler Werk gehörte zu MM Karton und das Domat/Emser Werk gehörte zu MM Holz. Beide Konzerne gehören aber der Familie Mayr-Melnhof-Saurau, deren jetziges Oberhaupt der ebenso medienscheue wie steinreiche Baron Franz VI. ist.

MM Holz ist der grösste private Waldbesitzer in Europa und hat vor kurzem in Russland auf einer Fläche von über 300'000 Hektaren Wald gepachtet.

MM Karton ist mittlerweile beinahe europäischer Monopol-Hersteller von Karton. Das Unternehmen machte im letzten Jahr 30 Mio Reingewinn.

smf

Streik bei der Unia



Streiktransparent an der Sektion Bern

„Wenn Unrecht zu Recht wird, ist Widerstand Pflicht“ steht auf dem Transparent im Treppenhaus. Im Treppenhaus ist es ruhig und eher dunkel – ein Widerspruch zu der Szenerie draussen vor der Tür, da hängen ein Dutzend rot-weiße Unia Fahnen, Trams und Autos brausen vorbei und tragen zusammen mit den Gesprächen der PassantInnen, die über das Transparent „Unia Mitarbeiter im Streik“ diskutieren zu einer hektisch-lärmigen Atmosphäre bei.

Ein Treppenabsatz über dem Transparent im Treppenhaus befindet sich der Empfang der Unia Sektion Bern. Es ist ruhig, wie immer. Doch etwas ist anders: Die Türe auf der linken Seite ist offen. Diese Türe führt vom Empfang in den langen Korridor mit den Büros der Funktionäre und ist normalerweise wie eine Barriere zwischen einfachen Mitgliedern und den bezahlten Funktionären, die einen Schlüssel besitzen. Im langen Gang ist kaum ein Platz an den Wänden und Türen noch frei, überall hängen Plakate auf denen Parolen stehen: „Duke ist unser Sektionsleiter“, „Michi du bist verwarnt“, „La clase trabajadora, no se va al paradiso, viva el companero duke“. Es liegen Schilder und Transparente herum, auf denen dieselbe oder eine ähnliche Botschaft vermittelt wird. Es ist klar und deutlich: Die Gewerkschaft streikt gegen die Gewerkschaft. Es sind die unteren Funktionäre der Sektionen Bern und Oberraugau die gegen die Leitung der Region und gegen die landesweite Geschäftsleitung, die Zentrale streiken, und das alles unter dem Slogan „Streik – für eine Unia von unten!“

Wenn Unrecht zu Recht wird...

Der Streik liegt begründet in der Verwarnung des Co-Präsidenten der regionalen und landesweiten Personalkommission und in der de-facto-Entlassung des Berner Sektionsleiters, Roland „Duke“ Herzog. Es ist also ein Arbeitskampf gegen eine Entlassung eines gewählten und be-

liebten Vorgesetzten, es ist aber auch ein Kampf gegen fast-stalinistische Strukturen in der Unia: Vordergründig demokratisch, mit Wahlen für jeden Posten, aber hintergründig autokratisch, mit hohen Funktionären, die fast nach Belieben schalten und walten können. Es ist also auch ein Arbeitskampf gegen Strukturen, die schon in vergangenen Tagen abgrundtief schlecht waren und die, zumindest in diesem Rahmen, immer weniger bereit sind zu schlucken. Es gibt allerdings noch eine weitere Komponente: Ein seit längerem tobender Machtkampf innerhalb der Unia, der verbissen geführt wird und in welchen verschiedene Fraktionen eingreifen. Zum Beispiel streikt die Sektion Berner Oberland, die dritte Sektion in der Region Bern, nicht mit, da es sich – wie ein Oberländer Funktionär es ausdrückt – „nicht lohnt für Duke zu streiken.“ Mit anderen Worten, die berechtigte Kritik an der Struktur der Unia und am Umgang mit Mitarbeitenden seitens der Regionsleiter und der Zentrale wird nicht geteilt, da Duke einer anderen Fraktion angehört.

...wird ein Umdenken Pflicht

Doch auch wenn der Streik der Sektionen Bern und Oberraugau absolut berechtigt und eine resolute „Nein!“ zu den Strukturen der Unia schon überfällig war, stellt sich doch die Frage, wohin dieser Streik führen wird. Wenn es eine Demokratisierung der Gewerkschaften nach sich zieht ist dieser Streik sicher nicht für nichts geführt worden. Aber einerseits ist nicht sicher, ob die Streikenden selbst nicht als Spielball der Fraktionen benutzt werden, um zu mehr Einfluss zu gelangen und andererseits wird sich auch durch einen erfolgreichen Streik die grundlegende Struktur der Zentralgewerkschaften nicht verändern: Bezahlte Funktionäre entscheiden über den Köpfen der Basismitglieder hinweg wie, wann und ob ein Arbeitskampf geführt werden soll. Es verändert sich anders gesagt nichts daran, dass Gewerkschaftsmitglieder oft nicht selber kämpfen sondern delegieren. Doch genau hier sollte der Protest ansetzen: Eine Gewerkschaft macht nur Sinn, wenn die Struktur komplett in den Händen der Basismitglieder, der Arbeiterinnen und Arbeiter, bleibt. Ein gewinnorientiertes Unternehmen, das mit den Firmen zusammen arbeitet, um Streiks zu beenden, ist das Gegenteil davon – das ändern auch keine demokratisch(er)en Strukturen.

smf

Der Weg der Jugoremedija-ArbeiterInnen

Serbien wird 2011 gegen eine hohe Arbeitslosigkeit ankämpfen müssen. Gegenwärtig sind nach einer offiziellen Statistik 800.000 Menschen ohne Arbeit, die reale Zahl ist aber doppelt so hoch. Für die Probleme der serbischen Wirtschaft wird die verfehlte Privatisierung der Fabriken verantwortlich gemacht. Von 2001 bis heute wurden 2640 Unternehmen privatisiert, die wenigsten erfolgreich. Die Hälfte davon ging bankrott und die ArbeiterInnen haben ihre Jobs verloren. Da die ArbeiterInnen auch gleichzeitig KleinaktionärInnen, also zum Teil EigentümerInnen der Unternehmen waren, verloren sie damit ihre Arbeitsplätze und ihr Kapital.

Für diese Probleme werden schon lange die Korruptionsstrukturen, welche die Fabriken verkaufen, das Marktmonopol, sowie das Kapital von verbrecherischer Herkunft, mit dem die Fabriken gekauft wurden, verantwortlich gemacht. Die ArbeiterInnen Serbiens, zumindest ein großer Teil von ihnen, hatte nicht die Kraft, in der Periode der Transition (dem Weg aus dem Sozialismus in den Kapitalismus) das Motto „**nichts wird über mich entschieden ohne mich**“ aufzugreifen und zu leben.

Sie waren nicht nur Beschäftigte in den Fabriken, sondern zum kleineren Teil auch AktionärInnen dieser Fabriken. Durch die Regierung und die neuen KapitalistInnen wurden sie zu Objekten der Transition, die zu allem was die Politik, die neuen EigentümerInnen und ihre ExpertInnen von sich geben, schweigen und gehorchen sollten.

In den Gewerkschaften hatten sie zu wenig Macht, um in den sozialen Dialog einzutreten. Die Gewerkschaften hatten zu wenig Wissen und Rechte, um irgendwelche Initiativen zu setzen. So blieben sie am Rande der Entwicklung. Und deshalb haben sie unter den ArbeiterInnen auch keinen hohen Stellenwert. Es ergab sich ein Bild, wo die ArbeiterInnen sich «im Sozialismus schlafen gelegt hatten und plötzlich im Kapitalismus aufgewacht sind».

Doch unter diesen Rahmenbedingungen ist es den ArbeiterInnen der Arzneifabrik Jugoremedija in Zrenjanin gelungen, sich auf die Beine zu stellen und mit ihrem Kampf die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit zu erlangen und auch die Unterstützung von vielen, wie auch Noam Chomsky, zu erhalten.

Nach einem drei Jahre dauernden Kampf um Eigentümerrechte und Recht auf Arbeit, hat ein Gruppe von ca. 150 ArbeiterInnen unter der Führung von Zdravko Deuric, der heute Geschäftsführer ist, im Jahr 2007 die Fabrik als MehrheitseigentümerInnen (58%) in ihre Selbstverwaltung übernommen. Sie haben die ArbeiterInnen, die gekündigt worden waren, entschädigt, die Produktion wieder aufgenommen, die Fabrik durch eine Investition von 13 Millionen Euro von Grund auf auf entsprechende europäischer Richtlinien erneuert. Trotz des Erfolges der Selbstverwaltung von



Das Jugoremedija-Werk in Zrenjanin

ArbeiterInnen, möchte der Staat heute wieder seinen Aktienanteil von 42 % der Fabrik verkaufen. Ein großer Teil der KleinaktionärInnen schließt sich diesem „Goldrausch“ an. 46 ArbeiterInnen/KleinaktionärInnen aus der Gruppe von 150, die einen jahrelangen Kampf geführt haben, haben sich für einen eigenen Weg entschieden. Wie schaut dieser aus?

Der Staat möchte einen erneuten Verkauf der Fabrik, aber die Menschen sehen in ihm keinen soliden Verkaufspartner und möchten deshalb den Verkauf so nicht hinnehmen. Sie haben ihre Aktien gebündelt und bescheidene Mittel aufgestellt. Jeder wie er konnte hat, durch den Verkauf eines Autos, Kredit-

aufnahme oder ähnliches ein Grundstück erworben, auf dem sie nun ihre eigene Fabrik errichten, die sich an das bestehende Unternehmen Jugoremedija anlehnt. Auch untypisch für Serbien führen sie die groben Arbeiten wie Betonierung, Kanalisierung, usw. selber aus, um die Baukosten niedrig zu halten und sie schneller ausführen zu können. Mit ihren Aktienpaketen bauen sie also ihre eigene Fabrik auf, von der auch die anderen AktionärInnen von Jugoremedija profitieren werden. Denn ein Teil dieser neuen Fabrik (ca. 28 %) wird aufgrund der verwendeten Pharmedizinen auch ihnen gehören.

Es stellt sich die Frage wie diese Menschen eine solche Lebensvitalität und Unternehmergeist zeigen können, trotz offensichtlicher und subtiler Druckausübung, Beschimpfungen, physischen Angriffen, Polizeischikanen und Anzeigen. Das Leitmotiv dieser Gruppe ist einfach, nämlich dass niemand ihre Probleme ohne sie lösen kann.

Der Kampf um den Arbeitsplatz ist der aufrichtigste Kampf im heutigen Serbien, der von den ArbeiterInnen-AktionärInnen geführt wird. Sie bringen die Zivilisation zurück in ihre Stadt, kämpfen gegen die Verzweiflung an, sie zeigen, dass die ArbeiterInnen diejenigen sein können, die einen Ausweg aus der Krise sehen. Eine solche Initiative wird einerseits mit Sympathie, andererseits auch mit Ablehnung aufgenommen. Sie bringt uns aber auch einer Lösung näher, denn auch auf diesem Weg kann gegen schlechte Privatisierung in Serbien angekämpft werden. Das ArbeiterInnenbewußtsein reift insofern, als dass sie erkennen, dass sie ihre Fabriken selbst verwalten können und es möglich ist verantwortungsbewußt einen Fortschritt zu fordern. Sie sind bisher das einzige Beispiel dafür und den serbischen KapitalistInnen gefällt dies natürlich nicht. Zwei ArbeiterInnen haben einen Dokumentarfilm über den Bau produziert, organisieren gegenwärtig Podiumsdiskussionen und Filmvorführungen, um eine Solidaritätsbewegung für die Verteidigung ihres Grundsatzes „**über mich kann nichts entschieden werden ohne mich**“ zu initiieren.

Branislav Markuš
Arbeiter und Verwaltungsrat der
Arzneimittelfabrik Jugoremedija

Arabische Länder im Umbruch

Die tunesische Bewegung in anderer Form fortsetzen

Ein Gespräch mit einem tunesischen Genossen. Durchgeführt am 16. Februar durch das Kollektiv „Lieux Communs“ (FR).¹

Das Signal des siegreichen tunesischen Aufstandes hört nicht auf im Ausland Widerhall zu finden: Das Ende Mubaraks im Dreh- und Angelpunkt Ägypten ist von enormer Bedeutung. Für tunesische Revolutionäre sind die seit zwei Monaten erlebten Momente sicherlich von extremer Seltenheit und prägend für das ganze Leben. Inwiefern sind die Ereignisse vergleichbar mit den grossen Unabhängigkeitsbewegungen der Nachkriegszeit?

Momentan fühlen sich alle arabischen Völker von einer schweren Last befreit, obwohl der Fall Mubaraks längst nicht alle Probleme gelöst hat. Dieser wichtige Sieg ist hauptsächlich symbolisch, da er bedeutet, dass die Völker mit ihrer Angst sowie mit der absichtlichen und erzwungenen Knechtschaft gebrochen haben. Dieses Ereignis geht um einiges weiter als die nationalen Befreiungskämpfe, da es unbeschränkte Perspektiven eröffnet: Ein demokratischer Prozess ist in Gang gekommen.

Die Bourgeoisie, welche das postkoloniale Erbe antrat, hat von einem jahrzehntelangen Burgfrieden profitiert. Sie gab sich als Vertreterin der nationalen Interessen und aller Bevölkerungsgruppen aus. Heute wird aber allen bewusst, dass die ausländischen Kolonisatoren durch die politische Unabhängigkeit bloss durch nationale Vertreter desselben Kolonialismus ersetzt wurden und dass sich eine mit dem Kapital verbundene Klasse örtlicher Mafiosi die Macht angeeignet hat, um in den Ländern diktatorische Regimes zu errichten.

Die grossen Ähnlichkeiten zwischen den Verläufen der Aufstände in Tunesien und Ägypten sind sehr auffällig. Der arabi-

¹ Collectif Politique Lieux Communs, collectif indépendant de pratiques et d'analyses politiques ordinaires pour une auto-transformation radicale de la société. <http://www.magmaweb.fr> - Kontakt: lieuxcommuns@gmx.fr. Das Kollektiv hat kürzlich „Notes sur le mouvement social d'octobre 2010 - La lutte à la croisée de chemins“ veröffentlicht, welche unter folgender Adresse abrufbar sind: <http://www.magmaweb.fr/spip/spip.php?article436>.

sche Raum zeigt eine regelrechte Einigkeit: Kann dies der Anfang einer Annäherung zwischen den arabischen Völkern oder gar eines politischen Internationalismus, der nichts mit Religionen oder Stalinismus zu tun hat, bedeuten?

Tatsächlich haben die beiden Aufstände die Beziehungen zwischen den arabischen Völkern im Kampf gegen den Despotismus verstärkt und jeder Sieg in einem Land wird in den anderen Ländern ebenfalls als Sieg empfunden.

Auf die Zukunft bezogen ist dies eine Frage, die wir in einem demnächst erscheinenden Text zu Identität erörtern. Darin verdeutlichen wir, dass der Begriff Identität nicht nur aus Gemeinsamkeiten in Sprache oder Geschichte herrührt, sondern vor allem auf einer gemeinsamen Zukunftsvision basiert. Was wir sind, ist eng



Freiheit, Demokratie, Laizismus (Trennung von Staat und Religion) wird an einer Wand in Tunis gefordert.

mit dem verbunden, was wir in der Gegenwart und in der Zukunft sein wollen.

Eben. Von Beginn an bis zum Ende der Aufstände war weder in Tunesien noch in Ägypten eine politische Formation der Situation gewachsen. Insbesondere gab es keine wirklichen Anführer oder selbst Wortführer. Dies macht Aneignungsmanöver der linksgerichteten oder stalinistischen Apparate, in Tunesien an erster Stelle die UGTT², viel offensichtlicher und schwieriger. Aber gibt es parallel zu dieser zutiefst libertären Tendenz, nach dem Zerfall der alten Ideologien, nicht auch Schwierigkeiten einen ra-

¹ Union Générale Tunisienne du Travail. Tunesischer Gewerkschaftsdverband.

Infos gesucht

Täglich gibt es im arabischen Raum Demonstrationen, Streiks und Besetzungen. Aber nur wenige und gefilterte Informationen dringen zu uns durch. Aufgrund dessen wollte ich mir nicht anmassen, die Situation in den unzähligen Ländern einzuschätzen und habe ein Interview mit einem tunesischen AktivistIn aus dem Französischen übersetzt. Ein Ausschnitt davon wird hier abgedruckt. Die vertretenen Positionen sind demnach nicht diejenigen der FAU Bern, sondern des AktivistIn vor Ort. Viel Lesenswertes zu den Geschehnissen im arabischen Raum findest du unter <http://libcom.org>. Die FAU Bern ist auf der Suche nach Kontakten zu AktivistInnen aus dem arabischen Raum. Falls ihr welche habt und mit uns teilen möchtet, kontaktiert uns unter info@faubern.ch.

Paul Isler

dikalen politischen Diskurs zu entwickeln? Ein Problem, das die Organisation einer längerfristigen Bewegung behindern könnte, wie z.B. 1968 in Frankreich?

So spontan wie der Aufstand ist, was die Möglichkeiten einer stalinistischen, nationalistischen oder integrierenden Übernahme der Bewegung einschränkt, so fehlt den Revolten ebenso ein klares Zukunftsprojekt. Dies birgt grosse Probleme für eine Organisation, welche Kämpfe führen und mit den stalinistischen und bürokratischen Methoden brechen könnte.

Nebenbei ist es wichtig und dringend eine Reflexionsplattform für alle Fragen des all-

(weiter auf Seite 6)

Arabische Länder (von Seite 5)

täglichen Lebens (Arbeitslosigkeit, Arbeit, Entwicklung, Bildung, Gesundheit, ...) zu schaffen. Dies in einer Perspektive, die mit den produktivistischen und hierarchischen Ideologien bricht. Wir lehnen die Idee von Führern ab, was aber nicht bedeuten soll, dass die Intellektuellen einfach die Arme verschränken sollen. Sie sollen durchaus ihre Ideen ausdrücken, aber sich bewusst sein, dass sie sich in Volksbewegungen als einfache Bürger einzugliedern haben. Natürlich können sie autonome Organisationsformen vorschlagen.

Ein Monat nach seinem Sieg scheint der tunesische Aufstand in anderen Formen weiterzugehen: Heute sind es die ärmsten Bevölkerungsgruppen in vernachlässigten Regionen, welche Aktionen und Streiks für Lohnerhöhungen oder gegen den Erhalt der RCD³-Kader in den Diktaturen protestieren. Dieses Phänomen ist in Ägypten noch viel offensichtlicher. Könnte diese, auch in den Köpfen der Menschen vorherrschende, Verknüpfung von Politischem und Ökonomischem in Projekte der Selbstregierung münden?

Die Bewegung fährt tatsächlich fort und zwar mit wilden Streiks, Besetzungen, sozialen Forderungen, dem Stürzen von Gouverneuren, Verantwortlichen des RCD sowie korrupten Direktoren und mit Aktionen gegen sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse (Subunternehmen oder private Dienstleistungsfirmen). In Ägypten haben die ArbeiterInnen von Mahalla⁴, des Suezkanals und des Transportwesens den Fall Mubaraks massgeblich beschleunigt.

Während die ägyptische Muslimbruderschaft und einige Fraktionen der Liberalen und der traditionellen Linken mit der Regierung Verhandlungen aufnehmen, verdoppelte sich die Zahl der Demonstrierenden. Die unabhängige Bewegung des 25. Januars hat es abgelehnt den Rückwärtsgang einzulegen und die ArbeiterInnen in Schlüsselsektoren haben einen wilden Streik begonnen. Das war der Moment, in dem sich die politischen Formationen aus den Verhandlungen wieder zurückzogen

³ Rassemblement constitutionnel démocratique, frz. für konstitutioneller demokratischer Zusammenschluss. Partei des ehemaligen tunesischen Staatspräsidenten Zine El Abidine Ben Ali. Kleine Bemerkung am Rande: Diese Partei war bis zu ihrem Ausschluss am 17.01.2011 vollwertiges Mitglied der sozialistischen Internationale, welcher auch die SP Schweiz angehört.

⁴ Auf die Textilindustrie spezialisierte Stadt im Nildelta.

und die Militärs, aber auch die USA, welche die Entwicklungen wachsam verfolgten, Mubaraks Rücktritt durchsetzten. Wie in Tunesien ist auch in Ägypten damit zu rechnen, dass sich die Bewegung in anderer – insbesondere sozialer – Form fortsetzt.

Während der ganzen Ereignisse in Tunesien kamen keine antifranzösischen Haltungen auf, obwohl die mafiosen Verbindungen zwischen den beiden Ländern gemeinhin bekannt sind. Gleiches gilt für die USA und Ägypten, auch wenn es grosse Unterschiede zwischen den stupiden Aussagen Alliot-Maries⁵ und der ausgeklügelten amerikanischen Diplomatie gibt.

Es ist bekannt, dass sich der Westen auf der ganzen Welt zum unbestrittenen Vorbild entwickelt hat. Ist es möglich, dass die arabischen Erhebungen eine Zukunft abseits der suizidären Entwicklungsmechanismen des Westens ermöglichen?

Es muss gesagt werden, dass die arabischen Völker zwischen dem französischen Volk und seinen Regierenden unterscheiden können. Gleiches gilt bei den Amerikanern. Abgesehen von den chauvinistischen Nationalisten oder den Jihadisten erinnern sich unsere Völker gut an die Unterstützung der



„Es lebe das Volk!“ steht an dieser Wand

westlichen Bevölkerung gegen die militärische Intervention der USA im Irak. Was Alliot-Marie betrifft, so wissen alle über die Sendung von Repressionsmaterial an Ben Ali und über ihre Verbindungen zu gewissen Finanz- und Politikkreisen Tunesiens Bescheid.

⁵ Michèle Alliot-Marie war bis am 27.02.2011 französische Aussenministerin. Am 11. Januar 2011 hatte sie Tunesiens Regierung polizeiliche Hilfe aus Frankreich angeboten. Aufgrund der Bekanntmachung ihrer Verstrickungen mit Ben Alis Regime und des darauf folgenden politischen Drucks trat sie am 27.02.2011 von ihrem Amt zurück.

Die Zukunft können wir nicht vorhersagen. Sicher ist aber, dass die Bevölkerung Verhältnisse wie bisher nicht mehr akzeptieren wird. Die UGTT verspricht den inneren Regionen des Landes das Kommen ausländischer Investoren und spricht von einer strahlenden Zukunft. Fabriken, welche Exportgüter wie Kabel für amerikanische Autos produzieren! Was für eine Entwicklung! Aber die Bevölkerung kümmert sich nicht um solche Versprechen. In den Politik- und Finanzkreisen spricht man neuerdings von „Invest in Democracy“. Dies ist eine neue Form der Aneignung: Wollt ihr Arbeit? Wir bringen sie euch in Form von Unternehmen und Subunternehmen, welche für den Weltmarkt produzieren... Die Bourgeoisie verfolgt nur ein Projekt: Den Zwischenhändler zwischen der Bevölkerung und dem ausländischen Kapital zu spielen.

Beim Israel-Palästina Konflikt prallen auf engem Raum die weltweiten geopolitischen Machtverhältnisse aufeinander. Die despotischen Regierungen im arabischen Raum haben ihn instrumentalisiert, um die Massen von den internen gesellschaftlichen Problemen abzulenken. Wie könnten die heutigen Volksaufstände zu einer humanen Lösung des Konfliktes beitragen? Besteht nicht die Gefahr, dass die arabischen Bevölkerungen, welche politischen, sozialen und wirtschaftlichen Problemen gegenüberstehen, diesen Konflikt als Alternative für ihre Frustrationen verwenden?

Unserer Meinung nach gibt es keine unmittelbare Lösung für die palästinensische Frage und vielleicht wird sie sogar die letzte sein, die gelöst wird. Denn sie ist das Ergebnis aller weltweiten Gegensätze.

Diesbezüglich sind wir gegen zwei unabhängige Staaten, sondern für einen gemeinsamen israelisch-palästinensischen, laizistischen, demokratischen und in die Region integrierten Staat - was heisst, dass er nicht ein Kontrollmittel der arabischen Völker werden soll. Junge Araber haben in Gaza und in ZisJordanien zu einem Aufstand gegen die beiden aktuellen palästinensischen Machthaber und gegen diese Spaltung der Macht aufgerufen. Sie wurden von Abbas und den Hamas sofort festgenommen... Die palästinensische Frage ist eng mit sozioökonomischen und politischen Bedingungen der arabischen Völker verbunden. Denn es muss gesagt werden, dass die mit dem weltweiten Kapitalismus verbündete arabische Bourgeoisie ebenfalls eine Verbündete des zionistischen Regimes ist. Die beiden Fragen sind also sehr eng miteinander verbunden. **lc**

Flammen statt ausgebrannt sein

Leserbrief zum Leserbrief „Selbstkritik ist der Kopf der Leidenschaft“, erschienen in di schwarzi chatz #10

Der Leserbrief bezieht sich auf den Artikel „Business as usual“, erschienen in di schwarzi chatz 9. Darin reflektiert der Autor die Krise der radikalen Linken. Diese sei isoliert und politisch wirkungslos. Sie suhle sich im „elitären Selbstbild“ der Szene. Die Lösung: Man braucht nur „Politik wieder als offenen Lernprozess zu begreifen“ und „in seinem eigenen Alltag [...] Umstände suchen, in denen Leute sich gemeinsam selbst bemächtigen (können)“. Der Autor des Leserbriefes teilt diese Analyse des Artikels und kann ein „empirisches Beispiel“ von der Sponti nach der Abstimmung zur Ausschaffungsinitiative anführen: Die „Sekte“ um das Transparent „Faschostaat zerstören“ sei das Musterbeispiel für die im Artikel angesprochene Abgehobenheit der radikalen Linken von der Realität der Lohnabhängigen. Die „Sekte“ sei isoliert aufgetreten, habe die Demo übernommen und sei mit Parolen und Aktionen zu dominant. Er führt weiter an, dass eine organisierte Aktions-Politik nottut. Nur durch kollektive und (selbst-)kritische Prozesse könne eine „den Bedürfnissen der Ausgebeuteten“ angemessene Strategie entstehen.

Ich war nicht auf der besagten Demo, kenne jedoch die geschilderte Situation zu genüge. Der Schwarze Peter der Massen-Inkompatibilität wird wie üblich einem Teil der Bewegung zugeschoben – „Insurrektionalisten-Bashing“ ist In! In bei denjenigen, welche den Ausgebeuteten dieselben revolutionären Perspektiven wie vor 100 Jahren überstülpen wollen. In bei denjenigen, die Versuche einen neuen Zugang zur Überwindung der Herrschaft zu ertasten, als Hirnspinne einer nihilistischen Sekte abtun. Besessen von der Idee der demokratischen Polit-Vernunft und des Massenfetischs, vergisst der Autor des Leserbriefes, dass sich die Nutzniesser der herrschenden Ordnung (Politikerin bis Staatsanwalt, Gewerkschafter bis Professorin) auf dieselbe Vernunft und dieselbe Idee von Masse stützen, und damit die Herrschaft rechtfertigen, die weder vernünftig noch freiheitlich ist. Diese Schranken im Kopf müssen überwunden werden, bevor man sich einer neuen Ordnung zuwenden kann – und zwar mit denjenigen Aktionsformen, denen der

Autor abgesagt hat. Ein Blick nach Nordafrika genügt, um dies zu bestätigen. Als die Beherrschtheit kollektiv abgeschüttelt wurde, brach eine aufständische Flut über die brüchigen Moral-Pfeiler der herrschenden Ordnung herein.

Und doch: Die selbsternannten Theoretiker der „radikalen Linken“ versuchen uns Anarchistinnen immer wieder die organisierte Revolte mit Kreide und Stimmzettel zu verkaufen. Sie bedienen sich der depressiven Ohnmacht, die sich einstellt, wenn man Jahrzehnte „deren“ Spiel spielt. Ermahnen uns immer wie-

Aktionsformen oder unsere subjektiven Realitäten. Das einzige was nottut ist der Wille. Warum ist das so? Warum ist unser existenzförderndes, revolutionäres Wollen unterentwickelt? Ich spitze meine Antwort polemisch zu: Weil wir nicht „dürfen“, wissen wir nicht, wessen wir „be-dürfen“. Wir haben, stets beherrscht, nicht gelernt, frei zu wollen, sondern, unsere wahren Bedürfnisse unterdrückend, uns zu beherrschen.

Folge: Wir schreiben mit Kreide auf Böden und mit Stiften auf Papier. Wir nehmen uns zusammen, statt uns zu entfal-



Die neue Hoffnung? Demonstration in Tunis

der, wir sollen doch gefälligst die Spielregeln einhalten, denn sonst liesse sich das Spiel nie gewinnen.

Ich sage: Wir dürfen unsere eigenen Kräfte nicht unterschätzen, müssen das Potential der Situation erkennen, und niemals glauben, dass allein erzürnte Lohnabhängige objektive revolutionäre Bedingungen schaffen.

Darum: „in seinem eigenen Alltag [...] Umstände suchen, in denen Leute sich gemeinsam selbst bemächtigen (können)“. Wobei jede und jeder für sich selbst bestimmt wo und wie er diese Umstände findet und nutzt. Einige erkennen diese Umstände in enttäuschten Lohnarbeitern, andere in der desolaten Jugend der Vorstädte, und wiederum andere in einem griffigen Stein.

Das Problem sind nicht die Vielfalt der

ten, - oder wir explodieren unbeherrscht, wo wir können und dürfen: in der materiellen Gier, im Konsum, so angeblich unseren Bedürfnissen fröndend, und im seelischen Affekt, so unseren aufgetauten Unmut herauskotchend.

Folge also: Zwischen den Verhaltensweisen des kontrollierten Sich-Beherrschens und des partiellen, dann unkontrollierten Unbeherrscht-Seins verkümmert unsere wahre, auf allen Ebenen revolutionäre Existenz. Darum hab ich keinen Bock auf ausgebrannte helvetische Berufsrevolutionäre, die mir sagen: beherrscht dich gefälligst!

**Bubu Bouazizi,
21. Februar 2011**

Über Sozialhilfe und Schnüffelei

Am 24. Januar 2011 beschloss der Grosse Rat des Kantons Bern mit 137 zu 4 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) das Sozialhilfegesetz zu ändern. Unter anderem wird Artikel 8b Abs. 3 angefügt:

„Für Informationen, die gestützt auf die nachstehenden Bestimmungen nicht beschafft werden können, holen die mit dem Vollzug dieses Gesetzes betrauten Personen von den betroffenen Personen zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs um Gewährung von Sozialhilfe eine Vollmacht ein.“

Konkret will das heissen, dass alle, die den Kanton Bern um Sozialhilfe ersuchen, mittels Unterschrift dieser Vollmacht auf das

wähnt zu werden, da sie sich schon seit geraumer Zeit dem Sozialabbau widmen. Die sich selbst als politische Mitte bezeichnenden Lobbyparteien der Finanzmärkte und Unternehmen, namentlich FDP und CVP stimmten ebenfalls einstimmig zu. Auch für sie ist vor dem Gesetz nur gleich, wer Geld, respektive genügend Einkommen hat. Wenig erstaunlich, aber umso erschreckender ist, dass auch jene Parteien, welche sich den Kampf für die sozial Benachteiligten auf die Fahne geschrieben haben (und auch nicht Müde werden dies zu betonen), der Revision fast einstimmig zustimmten. Von 30 anwesenden SP GrossrätInnen stimmten 29 dafür, von den 16 anwesenden Grünen stimmten elf dafür, drei dagegen und 2 enthielten sich.

litikerinnen, in den gängigsten Medien von sich geben. Der so genannte Diskurs ist also einseitig, was zu einer groben Verzerrung der Lebensrealitäten in den Köpfen vieler Menschen führt. Folglich ist in den neuen Artikeln des Gesetzes kaum mehr von etwas anderem die Rede, als von Missbrauch und Kontrolle.

Mal angenommen, der grössere Teil von dem, was hier vorangehend geschrieben steht, entspricht in etwa der Wahrheit – was kann denn gegen Sozialhilfemissbrauch unternommen werden? Vielleicht fragen die EntscheidungsträgerInnen am besten gleich jene Menschen, die täglich mit Armutsbetroffenen zu tun haben, oder selbst dazugehören, um anschliessend gemeinsam, die für alle Beteiligten beste Lösung zu wählen. Wer aber das bis anhin gültige Gesetz kennt, weiss dass auch unter diesem Gesichtspunkt eine Verschärfung gar nicht notwendig ist, da schon mehr als genug Kontrollmechanismen existieren.

Was aber wesentlich wichtiger ist als ‚böse Sozialschmarotzer‘ zu diffamieren und zu jagen, ist es die richtigen Fragen zu stellen! Wer schreit denn, bei diesem Thema am lautesten nach sozialer Gerechtigkeit? Warum ist ihnen das so wichtig? Was haben sie davon? – Wer im öffentlichen Diskurs bestimmt was gesagt wird, bestimmt auch was nicht gesagt wird: zum Beispiel verliert der Kanton Bern laut Simone Rebmann, von den demokratischen JuristInnen Bern (djb), mindestens 15mal mehr Geld durch Steuerrückzahlung als durch Sozialhilfemissbrauch. Der Sozialwissenschaftler Maurizio Coppola kritisiert beispielsweise auch die Ethik der gegenwärtigen Sozialpolitik, weil sie kollektive Risiken wie Arbeitslosigkeit und Invalidität in die Verantwortung der Betroffenen selbst delegiere.

Das Referendum zu unterzeichnen, welches vor allem vom KABBA, dem Komitee der Arbeitslosen und Armutsbetroffenen lanciert wurde, ist sicher ein notwendiges Zurückbinden. Das Problem muss aber grundsätzlich angegangen werden: Lohn- und Sozialhilfeabhängige sitzen im gleichen Boot. Beide sind den Arbeitszwängen dieser Gesellschaft unterworfen. Gegen die Spaltungspolitik gibt es nur eins: Mitmischen und selber machen! Denn im Grossen Rat hat sich wieder einmal mit aller Deutlichkeit gezeigt, was passiert, wenn wir unser Leben in die Hände der ParlamentarierInnen legen.



Sozialhilfebezug soll nur noch gegen eine Schnüffelvollmacht möglich sein

Recht auf Datenschutz verzichten müssen, damit ihr Antrag überhaupt geprüft wird. Weiter bedeutet es, dass alle in diesem Kanton Lebenden dazu verpflichtet sind, einen blossen Verdacht auf Sozialhilfebetrug zu melden. Insbesondere sind davon Personen betroffen die besonders häufig in Kontakt mit SozialhilfebezügerInnen stehen, wie zum Beispiel ÄrztInnen, Pflegepersonal, SozialarbeiterInnen und zum Teil auch Zivildienstleistende. Aber auch alle anderen Privatpersonen können betroffen sein. Das kann auch bedeuten, dass jemand, der etwas verschwiegen haben ‚könnte‘, strafrechtlich belangt werden kann – auch wenn es unter Umständen ‚nur‘ eine Ordnungsbusse nach sich ziehen würde.

Bedenklich ist nicht nur der Inhalt der Gesetzesänderung, sondern vor allem auch wie sie zustande gekommen ist: Die bürgerlichen Parteien brauchen gar nicht erst er-

„Ach macht doch kein Drama, dafür dass die faulen Säcke ihr Leben lang von unseren hart erarbeiteten Steuergeldern schmarotzen, darf man doch wohl ein bisschen in ihrem Privatleben rumschnüffeln“ – dies mögen sich manche denken. Wer, der so denkt, erlebt SozialhilfebezügerInnen als Menschen? Im Blatt „20Minuten“, im Hauptbahnhof, in der Shoppingmeile, und auch im überbezahlten Hochglanzclub können sie nicht (als solche) wahr genommen werden! Denn wer auch nur annähernd nach dem Stereotypen aussieht, ist an jenen Orten nicht willkommen, schon gar nicht von Interesse und wird demnach weggewiesen und daran gehindert mit seiner ach so unangenehmen Präsenz die KonsumentInnen zu vertreiben. Was hier sehr polemisch klingt, ist öfter Realität als die erwerbstätige Bevölkerung zu ahnen wagt, und deshalb glaubt sie auch alles, was Selbst- und Stimmmehrheitsernannte Politiker und Po-

Hass spricht... und macht?

Wie hohle Worte zu Taten werden. Ein Blick auf die Antifeministen

Die ersten Ideen zu diesem Artikel, vor allem die Absicht darüber zu schreiben, wurden vom Antifeministischen Kongress provoziert. Dieser fand am 30. Oktober letzten Jahres bei Zürich statt. Dank öffentlichem Protest waren die Veranstalter, die Interessengemeinschaft Antifeminismus (IGAF) gezwungen einen geheimen Ort zu wählen und restriktive Zutrittskontrollen durchzuführen. Damit wurde eine grössere mediale Präsenz verhindert.

Die Proteste zeigten Wirkung. Auch wenn es weder die Verteidigung feministischer Anliegen war, welche die Argumente lieferte, noch logische Argumente oder die Aufdeckung von so was wie Wahrheit oder Unsinnigkeit, was die IGAF zu einem Versteckspiel zwang.

Auch in mir selber wurde der Widerspruch gegen das Vorgehen der IGAF ziemlich laut. Den Artikel habe ich dann doch nicht geschrieben, weil ich mich nicht zu diesen Konditionen auf das Thema einlassen wollte. Die Vertreter, allen voran Kuhn, sind zu peinlich, um sie ernst zu nehmen. Kuhn ist sogar so weit neben der Rolle, dass er aus der Partei mit dem notorisch schlechtesten Polit-Stil, aus der SVP, ausgeschlossen wurde.

Das AktivistInnen der IGAF mit Parolen wie: „Gemeinsam gegen Sexismus und Antifeminismus - Den Antifeministen aufs Maul geben!“ (Indymedia) entgegengetreten, hat mir auch nicht gerade geholfen. Offensichtlich wurde damit einfach die Sprache der Antifeministen aufgegriffen, doch zeigt sich damit genau jene machoide Sprachkultur, die gerade bei diesem Thema immer wieder den Männern vorgeworfen worden wird. Sich auf der gleichen Ebene gegen etwas zu wehren ist wohl nützlich, aber nicht gerade vielversprechend.

Im politischen Prozess werden Meinungen aus Verhandlungen zwischen utopischen Vorstellungen und Praxiselementen hergeleitet. Aus der Möglichkeit, verschiedene Vorgehensweisen wählen zu können, entstehen Strategien, wie der eigenen Utopie mehr Gewicht verschafft werden kann und wie die Praxis zu beeinflussen ist. Aus dieser Sichtweise liegt der Politik eine kommunikative Absicht zugrunde. Judith Butler hat in ihrem Buch *Hass spricht* zwei grundlegende Formen von Aussagen untersucht. Bei Ausdrucksweisen kann zwischen Sprechen als Tat und Sprechen als Ankündigung unterschieden werden. Klassische

Beispiele für Aussagen, die auch Taten sind, ist der Richterspruch oder der Segen eines Pfarrers. Damit wird auch gleich angesprochen, wie aus einer Aussage eine Tat werden kann. Beiden Beispielen ist die institutionelle Machtakkumulation im Hintergrund eigen, die diesen Sprechakten erst das nötige Gewicht verleihen, um Taten zu werden.

Ein Beispiel für die Rolle des Machtapparates sieht Butler im Vergleich zwischen den Vorgehensweisen bei Rassismus- und Sexismusfragen in den USA. Bei den ersten wird Sprechen nicht als Verhalten gewertet, da die freie Meinungsäusserung gewährleistet sein müsse. Bei sexuellen Äusserungen dagegen zeige sich in der Streitfrage zu Homosexualitätsbekenntnissen in den amerikanischen Streitkräften, wie eine Aussage zur Tat, hier zu einem sexuellen Akt werde,



Am Zürcher HB wurde auf einer Wand gegen den IGAF-Kongress mobilisiert.

der eine Belästigung von Soldaten darstelle. Diese Praxis wurde vor kurzem durch eine richterliche Verfügung beendet, in dem die Regel „nicht Fragen, nicht Sagen“ aufgehoben wurde. Doch das nur nebenbei, es bleibt ja offensichtlich dabei, dass staatliche Institutionen das letzte Wort behalten.

Die IGAF als mächtig zu definieren ist wohl etwas übertrieben. Im Vergleich zum Militär und der Kirche sind die Männer der IGAF sich windende Würmer. Doch mit der Wortmeldung Mitte Januar gelang es ihnen erneut landesweit gehört zu werden. Die IGAF droht alle Adressen von Frauenhäusern zu veröffentlichen, wenn nicht ein „geschlechtergerechtes Opferhaus“ lanciert wird.

Die Aussage der IGAF beinhaltet eine

Drohung, die besagte Veröffentlichung, und eine Begründung, diejenige das Frauenhäuser nicht als Rückzugsorte von Frauen in Bedrängnis angesehen werden dürfen, sondern als politische Zelle der Agitation und als feministische Bastion:

„Die Bevölkerung soll wissen, wo Männerhass geschürt wird und wo sich die Trainingslager zur Ruinierung der Männer befinden“ (Tagesanzeiger vom 19.01.11)

Diese Drohung ist eine Ankündigung, da sie eine Handlung in der Zukunft von einer Entwicklung abhängig macht. Sie ist aber auch eine Tat. Für Bewohnerinnen der Frauenhäuser ist damit direkt die versprochene Sicherheit genommen worden. Obwohl bei der IGAF nicht von einem Machtapparat gesprochen werden kann, es handelt sich eher um ein paar Despoten, ist die Bedrohung real. Denn ein paar Adressen ins Internet zu stellen ist eine Kindergartenaufgabe.

Die Anerkennung, obwohl nur bedingt nötig, erhalten sie via Medien, welche die Verlautbarung glauben, ihr Wichtigkeit beimessen und damit auch Raum verschaffen.

Die IGAF hat schnell zurück gekrebt. Als ein paar Wogen der Entrüstung auf sie zu rollten, haben sie eingestanden, dass das Ganze nur als mediale Tischbombe gedacht war. Natürlich kam auch hier der Vorwurf, dass die Medien den Feministinnen hörig seien. Für ein wenig Aufmerksamkeit vergisst man gerne den guten Geschmack. Mit diesem Eingeständnis haben sie ihre Drohung nachträglich zu einem leeren Sprechakt gemacht, wohl die einzige Meisterleistung, die ihnen je gelingen kann.

Mit Parolen kann mobilisiert werden. Dies ist wie oben dargestellt sowohl der IGAF, als auch den GegnerInnen gelungen. Parolen als verkürzte Kondensate vergangener Diskussionen sind jedoch nicht geeignet um die Inhalte über die Kreise hinaus zu transportieren, aus denen sie entsprungen sind. Die Parolen wirken nur, wenn sich die oder der Lesende etwas dazu denken können.

Schlussendlich haben also sowohl die IGAF als auch deren GegnerInnen (ob FeministInnen oder Anti-AntifeministInnen) zwar einen Etappensieg verbuchen können, ohne inhaltlich auf die Diskussionen zu Genderfragen oder zum Scheidungsrecht inhaltlich weiter zu kommen.

s.deo

ohne Warnung

rausgeschmissen haben sie mich
ohne Warnung
war die Firma Konkurs
wegen ihren Ränkespielen
hinter unseren Rücken
und als ob das noch nicht reichte
haben sie noch nicht einmal
den letzten Lohn ausgezahlt
kommt noch sagen sie
kommt noch
frage ich
was soll ich denn
der anderen Firma sagen
die von mir Geld will
damit ich wohnen bleiben kann
Scheisse denke ich
Scheisse
bis die Bürokratenarschlöcher
mir Geld überweisen
bin ich meine Wohnung los
und die von der Firma
die ich reich gemacht habe
wollen gar nichts mehr geben
und die Ratenzahlungen
für mein Auto
sind auch gleich fällig
Scheisse
ich habe nichts mehr zu verlieren
kommt Jungs
treten wir diesen Pissern in den Arsch

von: Niedźwiedzek

Wetterwechsel

Es regnet
Die Wolken brechen auf
Die Sonne scheint
Der Asphalt dampft
Die Strassen sind trocken
Der Tag flimmert in der Ferne
Die Wolken sind wieder da
Die Strassen duften
Nach erlösender Abkühlung

von: Niedźwiedzek

Vier Tankas von Hans Marchetto

das streikplakat an der mauer
hat die jahre überdauert die
angefüllt waren vom lärm der
maschinen die heute keiner
mehr braucht

sorgsam werden die tücher
zusammen gefaltet auf denen
noch das wort streik
geschrieben in fetter schrift
durchschimmert

wie eiserne finger einer
faust strecken sich die baukrane
in den himmel während die
arbeiter vom regen nass
im trockenen sitzen

spät noch im herbst
reinige ich das letzte
meiner werkzeuge um es
dann für immer in den
schrank zu schliessen

Kuhstreiber im Nebel

Nebel hängt über dem Brienzermeer
Das so viel grösser wäre
Wären da nicht die Berge
die den Horizont versperren

Nebel klettert die Berge hoch
Verwandelt Wald zu Malerei
Übermalt die Weiden
die an den steilen Hängen kleben

Kleine Hütten im Nebel
ohne die warmgelben Lichtern
aus Weihnachtswerbungen
Kleine Hütten im Nebel
kalt wie das Wetter

Rauh dringen die Schreie der Kuh-
streiber
durch die immer leerere Leinwand
Der Nebel verdeckt die Szene
Es gibt keine Zwangsarbeit mehr

von: Niedźwiedzek

Arbeitsleben

immer wieder

aufgestanden
angezogen
gestärkt
gerennt
hingekommen
hingehört

angefangen
angepackt
geschuftet
gelitten
pausiert
weiter gemacht
weiter geschuftet

weg gehört
heim gegangen
angekommen
gesoffen
ausgezogen
hingehört

und plötzlich

hingehalten
rausgeschmissen
verarscht

von: Niedźwiedzek

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichte und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzdrukken und freuen uns natürlich wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf schon bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.

Über uns...

Das Ziel der AnarchosyndikalistInnen ist eine ausbeutungsfreie, herrschaftslose und auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft.

Wir denken, dass es unmöglich ist, unsere Interessen mit StellvertreterInnen-Politik, wie sie zum Beispiel von Parteien, Kirchen und reformistischen Gewerkschaften betrieben wird, durchzusetzen. Daher lehnen wir die Vertretung unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da es in solchen Organisationen immer ein Machtgefälle zwischen „einfachen“ Mitgliedern und der Zentrale gibt.

Uns schwebt viel mehr eine Föderation lokal verankerter Gewerkschaften ohne FunktionärInnen vor, die allen, die ihre Dienste nötig haben, Hilfe zur Selbsthilfe bietet.

Um unsere Ziele durchzusetzen, dienen uns die Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Streiks, Besetzungen, Boykotte, etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit ab. Alle, die in diesem Sinne mitarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Das gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftssystem zieht seine Macht aus der Kontrolle über die Produktionsmittel und aus der tagtäglichen Ausbeutung der Arbeitenden. Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus an seiner Wurzel. Damit die Kämpfe Erfolg haben können, müssen sie aber mit Kämpfen in anderen gesellschaftlichen Bereichen verknüpft werden.

Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an: info@faubern.ch.

Die Zeitung betreffende Kommentare und Ähnliches an: zeitung@faubern.ch.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol benutzt.



Sexuelle Belästigung

Es gibt viele Opfer von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. Sexuelle Belästigung ist:

Jedes Verhalten sexueller Natur oder ein anderes Verhalten aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit, das die Würde von Frauen und Männern am Arbeitsplatz beeinträchtigt. Darunter fallen insbesondere Drohungen, das Versprechen von Vorteilen, das Auferlegen von Zwang und das Ausüben von Druck zum Erlangen eines Entgegenkommens sexueller Art. (Gleichstellungsgesetz Art. 4)

In fast allen Fällen gehen die Belästigungen von Vorgesetzten aus. Sexuelle Belästigung ist eine Verletzung des Persönlichkeitsrechts und jeder Betrieb ist verpflichtet, die Angestellten vor einer sexuellen Belästigung zu schützen (Verbot der sexuellen Belästigung im Gleichstellungsgesetz). Wenn ein Arbeitgeber dieser Pflicht nicht nachkommt, kann es für ihn sehr teuer werden, denn das Opfer kann eine Entschädigung verlangen!

Es gibt Möglichkeiten, sich gegen sexuelle Belästigung zu wehren – und die Opfer sind nicht die Schuldigen!

Sexuelle Belästigung – wie reagieren?

Gib klar dein Missfallen zu erkennen, wenn du unerwünschten Annäherungsversuchen, abschätzigen Bemerkungen oder Gesten ausgesetzt bist. Sexuelle Belästigung geschieht meistens unter vier Augen. Führe daher ein Protokoll: Notiere sorgfältig die Tatsachen, die Ausdrücke, die Daten, die möglichen Zeugen! Halt auch fest, wenn es, nachdem du dich gewehrt hast, zu Schikanen oder Vertrauensänderungen kommt. Sprich mit KollegInnen deines Vertrauens über dein Problem. Oft sind mehrere Personen von einer Belästigung betroffen und diese Zeugenaussagen sehr wichtig. **Kündige nicht deine Stelle!**

Wenn du Opfer oder Zeuge/Zugin von sexueller Belästigung wirst, nimm mit der FAU Kontakt auf.

Mobbing

Mobbing ist psychische Belästigung am Arbeitsplatz. Es wird von Mobbing gesprochen, wenn eine Person am Arbeitsplatz schikaniert, belästigt, beleidigt, ausgegrenzt wird oder wenn diese Person kränkende Arbeitsaufgaben erhält. Oft erscheinen die einzelnen Handlungen unwesentlich, aber durch die dauernde Wiederholung können sie verheerende Auswirkungen auf das Opfer haben. Druck auf dem Arbeitsmarkt, hohe Arbeitslosigkeit, verschlechterte Arbeitsbedingungen, Leistungslöhne, Umstrukturierungen, Firmenfusionen, Entlassungswellen, usw. fördern das Mobbing.

Was tun im Falle psychologischer Belästigung? Warte nicht ab, bis sich die Situation vergiftet hat, lass dich vorher beraten. Notiere die Chronologie der Fakten und such auch die Unterstützung bei Ihren KollegInnen. Die FAU hilft dir bei der Intervention beim Arbeitgeber und steht dir während des ganzen Ablaufs zur Seite. Wenn eine Gewerkschaft gut im Betrieb verankert ist, dürfte eine Konfliktlösung leichter fallen.

Nützliche Adressen

Die Basler Gewerkschaft IGA hat eine Broschüre zum Thema Mobbing herausgegeben. Erhältlich ist sie direkt über die IGA oder über die FAU.

www.direkteaktion.org

Direkte Aktion

[mehr als nur eine Zeitung]

abonnieren?
zeitung@faubern.ch

DA
DIREKTE AKTION
unabhängige Zeitung

Kontakt

FAU Bern
www.faubern.ch
info@faubern.ch

Initiative FAU Zürich
www.fauzuerich.ch
info@fauzuerich.ch

di schwarzi chatz/DA-Abos
zeitung@faubern.ch